

Die Stromkrise ist da. Und der Winter kommt

geschrieben von Admin | 24. September 2021

von Stefan Frank

Was auf *Achgut* und EIKE seit Jahren von Rüdiger Stobbe und anderen in zahllosen fachkundigen Beiträgen angekündigt wurde, ist nun eingetroffen: Das Europa der Energiewender hat eine krisenhafte Stromknappheit. Erste Fabriken stellen mangels Strom den Betrieb ein, Bürger demonstrieren gegen explodierende Strompreise, großflächige Stromausfälle drohen. Die amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg resümiert die allgemeine Lage:

„Europa bereitet sich auf einen harten Winter vor. Eine seit Jahren heraufbeschworene Energiekrise zwingt den Kontinent dazu, sich auf die Launen des Wetters verlassen zu müssen. Angesichts steigender Gas- und Strompreise müssen Länder von Großbritannien bis Deutschland auf milde Temperaturen hoffen, um die Heizsaison zu überstehen. Europa fehlt es an Gas und Kohle, und wenn der Wind nicht weht, könnte das schlimmste Szenario eintreten: weit verbreitete Stromausfälle, die Unternehmen und Fabriken zur Schließung zwingen.“

Die Wiener Tageszeitung *Die Presse* berichtet unter der Überschrift „Europa im Strompreisschock“:

„Dieser Winter wird teuer. Europas Gasspeicher sind kurz vor Beginn der Heizsaison so leer wie schon lange nicht. Und beinahe täglich klettern die Preise für Elektrizität und Erdgas an den Börsen auf neue Rekordwerte. Gas ist heute drei mal so teuer als zu Jahresbeginn. Und wer im Großhandel Strom kaufen will, muss mehr als das Doppelte zahlen als vor wenigen Monaten.“

Auf der irischen Insel – üblicherweise ein Stromexporteur – warnen die Netzbetreiber EirGrid (Republik Irland) und SONI (Nordirland) die Kunden, dass „keine Reserven“ mehr existierten; „falls irgendetwas schief läuft“, werde es großflächige Stromausfälle geben. Der Moyle Interconnector, der dazu da ist, Strom von der irischen Insel nach Schottland zu übertragen, wurde abgeschaltet, um Stromexporte zu verhindern. Im August hatten irische Zeitungen berichtet, dass im Juli zeitweilig bis zu 25 Prozent des benötigten Stroms in Irland vom einzigen Kohlekraftwerk, Moneypoint, produziert wurde. Die Regierung hat im Frühjahr beschlossen, dieses in den nächsten Jahren abzuschalten, um ihre Klimaziele zu erreichen.

In Spanien, das im letzten Jahr sieben seiner 15 Kohlekraftwerke stillgelegt hat, gibt es seit Monaten Demonstrationen gegen hohe

Strompreise. In der galizischen Stadt Vigo nahm die Polizei einen 54-Jährigen fest, der die Scheiben der örtlichen Filiale des Energieversorgers *Naturgy* mit Steinen eingeworfen hatte. Der Mann gab Presseberichten zufolge bei der Polizei an, er habe sich „nicht mehr im Zaum halten können“, nachdem er seine Stromrechnung erhalten hatte.

Die Energieversorger in den Bankrott treiben

Spaniens Regierung, an der auch die marxistische Partei *Podemos* beteiligt ist, hat diesen Monat angekündigt, die Stromsteuer von 5,1 auf 0,5 Prozent zu senken. Zudem will sie Energieversorger stärker besteuern und hat Höchstpreise für den Erdgaspreis festgelegt, den die Endverbraucher zu zahlen haben. Mit anderen Worten: Sie will die Energieversorger in den Bankrott treiben.

In Großbritannien berichtet die Tageszeitung *The Guardian*:

„Rekordenergiepreise haben zwei Düngemittelfabriken im Norden Englands zur Schließung gezwungen und Stahlwerke zum Stillstand gebracht.“

Das Blatt nennt dies eines der „deutlichsten Anzeichen dafür, dass die Energiekrise in Europa der wirtschaftlichen Erholung einen Schlag versetzen könnte“. Weiter heißt es:

„Der US-Düngemittelhersteller CF Industries hat die Produktion in seinen Werken in Billingham in Teesside und Ince in Cheshire, in denen rund 600 Arbeiter beschäftigt sind, wegen sprunghaft gestiegener Gaspreise, die in den letzten Wochen in ganz Europa sukzessive Rekordhöhen erreichten, eingestellt. Goldman Sachs, ein großer Rohstoffhändler, warnte davor, dass die Schwerindustrie in ganz Europa in diesem Winter von Stromausfällen bedroht sei, insbesondere wenn es bis 2022 in ganz Europa und in Asien Frost gebe. Die Warnung kam, als UK Steel, der Handelsverband der Branche, sagte, die Stahlhersteller seien aufgrund der Marktpreise für Strom bereits gezwungen, ihre Arbeit während der Spitzenzeiten des Strombedarfs zu unterbrechen. Der Energiepreisschock führte zu Rufen an die britischen Minister, dringend Maßnahmen zum Schutz von Haushalten und Unternehmen zu ergreifen, während Regierungen in ganz Europa Rettungsabkommen vorantreiben, um den Energieverbrauchern zu helfen, den kommenden Winter zu überstehen.“

Potemkinsche Dörfer aus Windrädern

In Norwegen hat der Düngemittelkonzern Yara ebenfalls eine Fabrik schließen müssen, weil der Erdgaspreis zu hoch ist. Der britische Verband der Fleischindustrie warnt, dass es infolge der geschlossenen Düngemittelfabriken nicht mehr genug CO₂ gebe. Dieses ist ein Nebenprodukt der Erdgasaufspaltung in den Düngemittelfabriken und wird u.a. für das Betäuben von Tieren vor der Schlachtung benötigt. Nun drohen Engpässe auch beim Fleisch.

In einem „Erklärungstext“ für die Bevölkerung erklärt die britische Regierung, was aus ihrer Sicht die Ursachen der Bredouille sind. Da ist davon die Rede, dass die Weltwirtschaft und insbesondere Asien im Zuge der „Wiedereröffnung nach dem Lockdown“ mehr Gas verbrauche, weswegen es für die Briten weniger davon gebe. Dann sei auch noch der Winter kalt gewesen. Und schließlich sei in letzter Zeit wiederum das „Wetter“ ungünstig gewesen. Wieso, ist auf der Insel schon wieder Winter? Es wird nicht erklärt. Gemeint ist wohl etwas, das nicht gesagt werden soll: Der Wind hat in letzter Zeit nicht mitgespielt. Weil der Wind nicht wie verlangt wehte, muss der Strom anderweitig erzeugt werden. Der britische Strommix am 18. September 2021, 21 Uhr: Atom 16,9%, Erdgas 48,6%, Kohle 1,7%, Wind 14,1%, Solar 0,0%, Wasserkraft 0,5%, Import 11,1%, Speicher 1,0%, andere 0,5%.

Nun führt eine Flaute am Windmarkt zwangsläufig zu explodierenden Erdgaspreisen – zumal nicht nur Großbritannien auf Erdgas als primären Energieträger angewiesen ist, sondern alle Staaten der Welt, die den Weg der „Erneuerbaren Energien“ beschreiten und Potemkinsche Dörfer aus Windrädern errichten.

Ein gutes Beispiel dafür ist – neben Deutschland – der US-Bundesstaat Kalifornien, der sich als Staat präsentiert, der „die Nation auf dem Weg in die Zukunft 100 Prozent sauberer Energie“ anführe. Die Wahrheit ist, dass Kalifornien der größte Stromimporteur der Vereinigten Staaten ist. Woher kommt der importierte Strom? Vorwiegend aus dem Intermountain Power Plant, einem Kohlekraftwerk in Utah. Gleichzeitig sperren sich Kalifornien und die beiden anderen demokratisch regierten Staaten der Westküste – Oregon und Washington State – gegen den Bau eines Terminals, mit dem Kohle aus dem Powder River Basin in Montana und Wyoming nach Asien verschifft werden könnte. Die Folge: Die Kohlearbeiter im Powder River Basin verlieren ihre Jobs. Wie Hillary Clinton 2016 angekündigt hat: „Wir werden noch viele Kohlearbeiter arbeitslos machen.“

Es fehlt an Kohle

Weil auf den Wind nur ein wenig mehr Verlass ist als auf Politikerversprechen, muss der verlässliche Strom, den früher Kern- und Kohlekraftwerke lieferten, durch das Verbrennen von Erdgas erzeugt werden. Und das ist eben ein knappes – und teures – Gut.

Am 30. Juni hatte die britische Regierung verkündet, dass der „Kohle-Exit“ um ein Jahr auf Oktober 2024 vorgezogen worden sei. Energie- und Klimawandelministerin Anne-Marie Trevelyan erklärte:

„Heute senden wir weltweit ein klares Signal, dass Großbritannien dabei ist, Kohlestrom den Geschichtsbüchern zu übergeben und dass wir es ernst meinen mit der Dekarbonisierung unseres Stromsystems, damit wir unsere ehrgeizigen, weltweit führenden Klimaziele erreichen können. Großbritanniens Netto-Null-Zukunft wird von erneuerbaren Energien angetrieben, und es ist diese Technologie, die die grüne industrielle

Revolution vorantreiben und im ganzen Land neue Arbeitsplätze schaffen wird.“

Nun heißt es: Kommando zurück. Den verbliebenen Kohlekraftwerken würden „riesige Summen“ gezahlt, „damit die Lichter an bleiben“, schreibt der *Guardian*.

In Großbritannien sind mittlerweile zahlreiche Stromhändler bankrott, weil die aktuellen Großhandelspreise, die sie zu zahlen haben, weit über der von der Regierung im Januar 2019 für die Endverbraucher festgelegten Obergrenze liegt. Nun versucht die interventionistische Regierung, die noch nicht bankrotten Versorger dazu zu bewegen, hunderttausende neuer Kunden aufzunehmen. „Leider verspüren kleine Versorger den Druck plötzlich gestiegener Gaspreise“, twitterte Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng am 19. September; notfalls werde die Regierung gemeinsam mit dem Netzbetreiber einen „Sonderverwalter“ einsetzen, damit alle Briten weiter mit Strom beliefert würden.

Weitere Meldungen zur Lage:

- Amos Hochstein, der Energiesicherheitsbeauftragte des US State Department, sorgt sich, dass Europas Erdgasbestände vor der beginnenden Heizsaison zu niedrig seien. „Wenn der Winter kalt wird, reichen sie nicht aus.“ Sollte diese Sorge nicht eher die deutsche Bundesregierung umtreiben?
- Italiens Strompreise werden demnächst um 40 Prozent erhöht. „Im letzten Quartal sind die Strompreise um 20 Prozent gestiegen, im nächsten werden sie um 40 Prozent steigen“, sagte Roberto Cingolani, Italiens Minister für ökologischen Übergang, auf einer Gewerkschaftskonferenz. „Es muss gesagt werden. Wir müssen uns dem stellen. Das passiert, weil der Gaspreis international steigt und weil der CO2-Preis steigt.“
- Javier Blas, der Energiekorrespondent der Nachrichtenagentur Bloomberg News, twittert: Rechne man den aktuellen Erdgaspreis gemäß einer an den Märkten üblichen Umrechnungsformel in einen Preis pro Barrel Erdöl um, so erhalte man einen Preis von 150 US-Dollar pro Barrel – mehr als der bisherige Rekord im Jahr 2008.
- Die Preise für Kraftwerkskohle in Asien sind auf ein 13-Jahres-Hoch geklettert. Der Referenzwert von Newcastle, Australien, hat sich in diesem Jahr mehr als verdoppelt. „Wenn die Nachfrage anschwillt, aber es kein darauf reagierendes Angebot gibt, dann ist das das, was herauskommt“, sagt Andrew Cosgrove, Bergbauanalyst von Bloomberg Intelligence.
- Eine staatliche chinesische Zeitung warnt, dass die chinesischen Kraftwerke nicht in der Lage seien, genug Erdgas oder Kohle für den Winter zu kaufen. Es drohten Stromrationierungen.
- Laut dem Verband der Kohleimporteure (VdKI) ist die Kohleverstromung in Deutschland in der ersten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahr um 35,6 Prozent gestiegen. Als Gründe nannte der Verband kaltes Wetter und weniger Wind.

- Ein niederländisches Gericht hat im Juni ein Urteil gefällt, wonach der Öl- und Gaskonzern Royal Dutch/Shell die „Menschenrechte“ verletze, weil er zum „Klimawandel“ beitrage. Das Unternehmen müsse seine „Emissionen“ schneller senken, so das Gericht. Um Europas Energie- und Strompreiskrise zu verschärfen, hatten die Niederlande schon 2019 beschlossen, die Gasproduktion bis 2030 zu beenden. Die Niederlande sind Europas größter Gasförderer und liefern rund ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Erdgases.
- In den Vorstand des Energiekonzerns Exxon-Mobil wurden im Frühjahr drei Aktivisten des Öko-Hedgefonds Engine No. 1 gewählt, obwohl dieser nur 0,02 Prozent der Aktien hält. Engine No. 1 will, dass Exxon-Mobil den Klimawandel ins Zentrum seiner unternehmerischen Entscheidungen stellt.
- In Australien hat ein Gericht im Mai geurteilt, dass die Regierung beim Genehmigungsverfahren für die Erweiterung einer Kohlemine ihre „Verpflichtung gegenüber den Kindern“ berücksichtigen müsse, denen durch den „Klimawandel“ „Schaden zugefügt“ werde.
- Der Europäische Gerichtshof hat Polen verurteilt, eine Strafe von 500.000 Euro für jeden Tag zu zahlen, an dem der Braunkohletagebau Turow im polnisch-deutsch-tschechischen Grenzgebiet weiterbetrieben wird. Die Lizenz für den Tagebau sei 2020 „ohne erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen“ verlängert worden. Die polnischen Energieversorger werden die Strompreise im nächsten Jahr voraussichtlich um 40 Prozent anheben müssen. Polens Regierung plant ein Gesetz, das die Versorger verpflichtet, auf der Stromrechnung anzugeben, wie groß der Anteil am Strompreis ist, der durch die Strompolitik der EU verursacht ist.
- In Griechenland plant die Regierung, die Strom- und Gaspreise der Bürger durch Subventionen zu senken. „Es gibt eine internationale Energiekrise“, sagte Energieminister Kostas Skrekas. „Unsere Regierung hat entschieden, jene zu unterstützen, deren Rechnungen sich erhöhen.“ Weil Griechenland von Transferzahlungen der EU abhängt, führt das zu der interessanten Situation, dass Verbraucher in Deutschland immer höhere Steuern für Energie bezahlen, damit diese in Griechenland billiger wird.

Kapitalmärkte im Bann des ESG-Regimes

Man kann für die aktuelle Energiekrise in Europa auf viele Einzelereignisse verweisen, die die Situation verschärfen. Kraftwerke sind mancherorts wegen Wartungsarbeiten außer Betrieb, das Stromkabel zwischen Frankreich und England wurde von einem Feuer beschädigt und der russische Staatskonzern Gazprom liefert weniger Erdgas, um auf Deutschland Druck auszuüben, die Nord-Stream-2-Pipeline schneller in Betrieb zu nehmen. Das sind aber alles Details. Das große Bild ist, dass die Politik mutwillig die Energieversorgung sabotiert hat. Kohle- und Kernkraftwerke wurden abgeschaltet. Verflüssigtes Erdgas (LNG) aus den USA zu beziehen, war für die europäische Politik nie ein Thema. LNG wird über langfristige Verträge verkauft und Europa hat keine abgeschlossen, weil es sich auf Russland verlässt. Darum ist der Kontinent nun, wenn

der Wind nicht weht, nicht mehr nur beim Heizen auf Russland angewiesen (das war schon immer so), sondern auch bei der Stromerzeugung.

Kohle ist, in Ermangelung von Kernkraftwerken, der einzige Garant für eine sichere Stromversorgung in Europa. Doch vor allem gegen sie wird ein weltweiter Krieg geführt. Konzerne unterwerfen sich dem Diktat des ESG, zu Deutsch: Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. ESG hat nicht viel mit „Sozialem“ zu tun, es steht im Wesentlichen für die Dämonisierung der Energieträger Kohle, Öl und Gas. Wenn Bergbaukonzerne ihre Quartalsergebnisse veröffentlichen, ist ESG mittlerweile ein Hauptthema. Wer nicht genug ESG-Punkte sammelt, wird bestraft. So weigern sich etwa viele Versicherer, Geschäfte mit Konzernen zu machen, die etwas mit Kraftwerkskohle oder der Gewinnung von Öl aus Teersand zu tun haben.

Die großen Bergbaukonzerne BHP, Rio Tinto und Anglo American steigen darum aus der Kohleförderung aus oder haben das bereits getan. Joe Kraft, der Vorstandsvorsitzende des amerikanischen Energiekonzerns Alliance Resource Partners, sagte im Juli bei der Vorstellung der Quartalsergebnisse, dass sein Unternehmen wegen seiner Kohleförderung doppelt so hohe Zinsen zahlen müsse wie vergleichbare Firmen, nämlich derzeit neun Prozent. Der Vertrieb des letzten Anlagezertifikats, mit dem Anleger auf einen Korb von Kohleaktien setzen konnte – der VanEck Vectors Coal ETF – wurde im Dezember 2020 eingestellt. Der Finanzdienstleister fürchtete wohl um seinen Ruf.

Auf der anderen Seite planen China, Indien, Indonesien, Vietnam und Japan den Bau von 600 neuen Kohlekraftwerken. In China wurde 2019 eine 1.800 Kilometer lange Eisenbahnstrecke eingeweiht, die rund 25 Milliarden Euro gekostet hat und einzig dazu da ist, Kohle aus der Inneren Mongolei in Chinas südliche Provinzen zu bringen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier